

BAG: Engagement für Soziale Brennpunkte fortführen

„Soziale Stadt“ vor dem Aus !?

Massive Kürzungen bei dem Programm „Soziale Stadt“ im Bundeshaushalt bedeuten das Aus für ein auf die umfassende Verbesserung der Lebensbedingungen in benachteiligten Stadtteilen ausgerichtetes Programm. Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen wurde vom Bundestag eine Reduzierung Mittel für die Städtebauförderung für diesen in den Brennpunkten hoch wirksamen Bereich von 95 auf 28 Millionen Euro beschlossen.

Es ist davon auszugehen, dass lediglich bereits laufende Projekte ausfinanziert werden können und keine neuen Initiativen zur Stabilisierung von Nachbarschaften in sozialen Brennpunkten gefördert werden können.

Mit der Einstellung des Städtebau-Programms `Soziale Stadt` werden die Menschen in Problemquartiere bei der Bewältigung ihrer Alltagsprobleme allein gelassen. Ein Politikfeld übergreifend anerkanntes und auf lokaler Ebene seit 1999 hoch wirksames Programm wird abgesetzt. Die Kommunen brauchen die Unterstützung und den Anreiz von Bund und Ländern in ihre Sozialen Brennpunkte zu investieren. Dabei gilt es, Mittel sowohl für die städtebauliche Infrastruktur als auch für die Entwicklung von funktionierenden Nachbarschaften Geld in die Hand zu nehmen. Mit dem Programm ist es seit Jahren gelungen, Ressortdenken zu überwinden und den städtebaulichen, wirtschaftlichen, sozialen und demografischen Herausforderungen vor Ort mit integrierten Handlungsansätzen zu begegnen.

Über die Projekte der „Sozialen Stadt“ konnte erhebliches lokales bürgerschaftliches Engagement aktiviert und die Zusammenarbeit unterschiedlichster Akteure für das Gemeinwohl in den Quartieren gestärkt werden. Darüber hinaus konnte eine weitgehende positive Trendwende für die benachteiligten Menschen vor Ort eingeleitet werden. Das Programm wirkt nicht nur individuellen, sondern strukturellen Verschlechterungen entgegen und verbessert sowohl die Lebenssituation einzelner, als auch durch die Zusammenführung unterschiedlicher Ressourcen die Lage im Quartier.

Gerade in Zeiten, in denen der Staat bürgerschaftliches Engagement und Integration fördern will, sind der Aufbau und Erhalt von tragfähigen Strukturen und verlässlichen Modellvorhaben essentiell, die Selbsthilfe und eine teilhabeorientierte Bürgergesellschaft stützen. Dazu leisten auch die Wohlfahrtsverbände zusammen anderen Akteu-

ren vor Ort wichtige Beiträge, die in stabilen ressortübergreifenden Entwicklungspartnerschaften nachhaltig wirksam sind.

Mit dem Ansatz der „Sozialen Stadt“ ist es gelungen, insbesondere auch die Menschen in Quartieren mit hoher Zuwanderung zu erreichen. Gerade konnte die im Nationalen Integrationsplan (NIP) propagierte „Integration vor Ort“ und der programmtypische integrierte Ansatz gestärkt werden. Auch der Bund ist weiterhin aufgefordert seine im NIP eingegangenen Verpflichtungen nachhaltig einzulösen.

Der Soziale-Stadt-Ansatz muss weiter Motor für gelingende `Integration vor Ort` bleiben. Die Bundesregierung hat sich im NIP dazu verpflichtet, Soziale Stadt als eines der zentralen Handlungsinstrumente zu erweitern und eine verstärkte Bündelung mit anderen Fachpolitiken zu erreichen. Besonders in die Quartiere mit hohen Migrationssanteilen muss investiert werden. Hier brauchen wir die beste Infrastruktur für Familien, Kinder und Jugendliche, hier müssen die besten Kindertagesstätten und Schulen entstehen. Hier gilt es stabile soziale Netzwerke zu knüpfen, um die Herausforderungen der Zukunft mit den Menschen vor Ort bearbeiten zu können.“

Die BAG appelliert zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden an Politiker auf allen Ebenen, sich für die uneingeschränkte Weiterführung des Programms „Soziale Stadt“ als Gemeinschaftsinitiative von Bund, Ländern und Gemeinden einzusetzen und die Förderung einer integrierten Stadtentwicklung für Soziale Brennpunkte weiterhin abzusichern.

Reinhard Thies ist Vorsitzender der BAG Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit e. V.

Kontakt: mail@BAGsoz-Stadt.de

E-Mail: bagsozialestadtentwicklung.de